

City of Change : ein Gespräch über leichte und schwere Siege

Autor(en): **Rau, Milo / Bossart, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **106 (2012)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390348>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bossart: *Die City of Change hat eine interessante Entstehungsgeschichte. Es gibt ein Vorgängerprojekt, das zum Skandalstück wurde. Bevor es fertig geplant war, wurde es bereits von der Leitung des St.Galler Stadttheaters wieder abgesetzt.*
Rau: Wir hatten den Arbeitstitel: «Der St.Galler Lehrermord» gewählt und stellten damit ein Ereignis an den Ausgang der Überlegungen, das symptomatisch ist für den Diskurs über Ausländer in der Schweiz. Ein Katholischer Kosovo-Albaner hatte 1999 den Schweizer Lehrer seiner Tochter umgebracht. Eine Tat, die landesweit Aufsehen erregte und die folgenden Jahre zu einem immer wieder zitierten Fanal in der Ausländer-Bildungs- und Integrationspolitik wurde und diese Bereiche massgeblich beeinflusste. Die beispiellose Medienkarriere dieses Falls trug unter anderem zum Stereotyp des gewalttätigen und rückständigen Albaners bei und zu einer Verschärfung eines Integrationsbegriffs, der Anpassungsleistungen einseitig bei der ausländischen Bevölkerung einfordert. Kommt hinzu, dass dies vor dem Hintergrund einer öffentlichen Stimmung stattfand, die die Situation für Ausländer durch Gesetzesvorlagen und Volksabstimmungen zunehmend ungemütlicher machte. Unser Interesse am Lehrermord galt also insofern seiner Symptomatik für eine zunehmende Zweiteilung der Gesellschaft und dass man hier schon fast nicht mehr von Ausländerpolitik, sondern eher von Bevölkerungspolitik sprechen musste.

Bossart: *Interessant ist nun, dass die Reaktionen auf die blosse Ankündigung einer «theatralen Ausstellung zum Lehrermord und seinen Folgen» zeigten, wie brisant und unerledigt dieses Thema über zehn Jahre danach immer noch war. Wie richtig wir in unserer Analyse lagen, zeigte die zweideutige und mit süffisanten Problematisierungen bereits auf eine mögliche Skandalisierung angelegte Berichterstattung in den lokalen Medien. Es*

City of Change: Ein Gespräch über leichte und schwere Siege

*Vor einem Jahr ging das politische Theaterprojekt «City of Change» in St.Gallen zu Ende. Auf der theoretischen Grundlage des Berliner Integrationsforschers Mark Terkessidis hatte das Institute of Political Murder (IIPM) einen Monat die Stadt im Osten der Schweiz mit einem *Gouvernement of change* beglückt und geärgert. Und mit einer real eingereichten Petition zur Einführung des Ausländerstimmrechts, zur Änderung der Kantonsflagge und der Strassennamen hat es die Grenzen der gewohnten künstlerischen Intervention verlassen.*

*Milo Rau, künstlerischer Leiter des IIPM, und Rolf Bossart, Theorieminister des *Gouvernement of Change*, ziehen in einem Gespräch über Absichten und Wirkungen der *City of Change* Bilanz.*

folgte eine beispiellose Empörungswelle bis hin zu Morddrohungen mittels Leserbriefen, privaten Emails, einem offenen Brief der Witwe des ermordeten Lehrers und Interventionen von Regierungsparteien, die bereits eine Woche nach der Programmvorschau zur Absage des Stücks geführt haben.

Rau: Es gab eine eigentümliche Verschränkung von privaten und politischen Motiven. Das politische Argument, dass die künstlerische Bearbeitung des Falls möglicherweise den Ausländern schaden könnte, ist eine typische humanitäre Verschiebung rassistischer Motive. Auch der Ruf nach Privatsphäre und Persönlichkeitsschutz der Freunde und Angehörigen des Ermordeten klang angesichts der Tatsache, dass viele von Ihnen in den letzten Jahren immer wieder in dieser Sache in Zeitschriften und Fernsehen aufgetreten sind und die Witwe unterdessen sogar selber ein Buch veröffentlicht hat, ebenfalls etwas seltsam. Zu vermuten ist hinter den vorgeschobenen Gründen auch noch eine grundsätzlichere Kritik an der Anmassung des Künstlers, an der kollektiven Deutungshoheit eines solchen Ereignisses zu rütteln. Es zeigte sich also im Ganzen eine subtil gefügte Einteilung zwischen jenen, die darüber sprechen durften – die Freunde des Lehrers und die Polizei –, und den anderen, denen es verboten werden musste.

Bossart: Die Frage: «Wer darf wie und worüber sprechen» ist zentral für Gesellschaften in denen private Befindlichkeiten den Sieg über öffentliche Interessen davontragen. Michail Ryklin beschreibt in seinem Buch über die Zerstörung der Kunst-Ausstellung «Achtung Religion» in Moskau 2003 ganz ähnliche Abläufe. Obwohl weder explizite Verhöhnungen von Heiligtümern oder Beleidigungen vorlagen, war die Wut gewisser Kreise beispiellos. Und sie wurde wie auch in unserem Beispiel gerade durch eine scheinheilige Medienberichterstattung, die die Gewalt

zwar zurückwies, aber für die privaten Motive der Verletztheit Verständnis zeigte, noch geadelt.

Rau: Parallel zur «City of Change» habe ich mich für «Hate Radio» mit der Sprache des Hasses in Ruanda der frühen neunziger Jahre beschäftigt. In der Rhetorik, die dem Völkermord vorausging und ihn begleitete, fällt immer wieder die Spiegelung des eigenen Begehrens und Verhaltens im Feind auf. Also um selber zu vergewaltigen oder die eigenen Vergewaltigungen zu rechtfertigen, wurde von den Hutu diese Praxis einfach den Tutsi zugeschrieben. Um die eigene Aggression zu ermöglichen, konstruiert man eine virtuelle Aggression des Anderen.

Bossart: Ryklin spricht in diesem Zusammenhang vom Wunsch gewisser Leute, gehasst zu werden.

Rau: Eine starke Rolle spielen immer auch mediale Prozesse. Das heisst, dass solche Hassereignisse schnell von einem mehr oder weniger spontanen Phänomen einer marginalen Gruppe zu einer auch Machtinteressen bedienenden Sache werden können. Im Beispiel «Achtung Religion» war die russische Staatsmacht an einem Schulterschluss mit der Orthodoxen Kirche interessiert und erlaubte daher die Austreibung der Meinungsfreiheit durch die Imagination eines russisch-orthodoxen Volkskörpers. Eine ähnliche Struktur findet sich im St.Galler Theaterskandal, wo private Gefühle der Belästigung in Allianz mit dem Beharren auf einer herrschenden Deutungshoheit die künstlerische Freiheit torpedierten. Interessant war auch das Verhalten der Intellektuellen. Spontan würde man sie auf der Seite der Verteidiger der Freiheit vermuten, doch in Moskau wie in St.Gallen war das Gegenteil der Fall. Viele nahmen die Wut der Leute als Indiz für ein falsches Verhalten der Künstler. Man unterstellte Kommunikationsfehler, mangelndes Finger-spitzengefühl und Profilierungssucht.

Tatsächlich erreicht man mit solchen Vorgängen, dass die Beschuldigten sich selber schuldig fühlen: Wie in den stalinistischen Schauprozessen.

Bossart: Bei allen möglichen Erklärungen: Dass das Stück so schnell abgesagt wurde, bleibt ein letztlich unverständlicher Vorgang.

Rau: Ja absolut. Neben einer diffusen Lust an der Aggression gab es wohl auch noch den starken Wunsch, bestimmte Dinge nicht hören zu wollen. Zum Beispiel die Stimmen der grossen kosovo-albanischen Minderheit und eine kritische Betrachtung eines impliziten Rassismus unter der Lehrerschaft.

Bossart: An der Pressekonferenz, die über die Absage des Stücks informierte, wurde gleichzeitig auch ein Nachfolgeprojekt unter anderen Vorzeichen angekündigt.

Rau: Problematisieren wollten wir ja von Anfang an die Zweiteilung der Gesellschaft in Einheimische und Ausländer und den Volksbegriff als Urheber einer starken Einheitsfantasie in der Schweiz. Fast automatisch rückte von daher das fehlende Ausländerstimmrecht ins Zentrum. Und wir begannen von der schweizerischen Demokratie zu sprechen als einer willkürlichen Mehrheitsdiktatur von zufällig seit längerem hier anwesenden Personen über die weniger lange Anwesenden. Damit wurde offensichtlich, dass die Tatsache, dass dreissig Prozent der Bevölkerung von allen politischen Rechten ausgeschlossen ist, gewissermassen der dunkle Fleck der schweizerischen Demokratie darstellt. Ein Skandal, dessen Wahrnehmung ein vertracktes System von rassistischer Ideologie, aufgeklärten Rationalisierungen und sogenannten Integrationsbemühungen verhinderte. Mit der absurden Pointe, dass Linke wie Rechte diesen Zustand decken.

Bossart: Ein Schlüsselerlebnis in dieser Beziehung war eine öffentliche Versamm-

lung, zu der die Stadtbehörden eingeladen hatten. Es ging um eine Auswertung eines zur besseren Einbindung der nicht stimmberechtigten Bevölkerung eingerichteten Partizipationsartikel. Über hundert Leute waren im Saal. Auf die Frage, weshalb die Möglichkeit zur Partizipation kaum genutzt wurde, wollte aber niemand recht Antwort geben, bis der Präsident der Dachorganisation der Ausländervereine aussprach, was die meisten dachten: Was sie forderten, sei nicht die von oben gewährte Gnade, Bitten zu formulieren, nicht Almosen, sondern politische Rechte.
Rau: Zugleich haben wir die herrschenden Integrationsstrategien radikal hinterfragt. Und wir haben in Anlehnung an Mark Terkessidis, dem Autor des Buches «Interkultur», einer Art Manifest für eine realistische, von der nationalistischen Herkunftsbessenheit befreite Bevölkerungspolitik, die Konsequenzen für eine neue Demokratie gezogen. Indem wir die bestehende Demokratie einerseits mit nüchterner Statistik – Dreissig Prozent sind nicht stimmberechtigt – dekonstruierten und sie gleichzeitig konfrontierten mit dem von uns positiv eingesetzten utopischen Pathos ihres eigenen mythischen Selbstbildes, die umfassendste und älteste Demokratie der Welt zu sein. Damit ergab sich eine gute Basis für eine reinigende Irritation. Und auf jeden Fall auch die Basis für Kritik von rechts wie von links, die auch nicht ausblieb.

Bossart: Es gab eine Fokusverschiebung von einer kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit, wie sie im Lehrermord-Projekt angedacht war, hin zu einer positiven Zukunftsvision. Und zugleich bestand das Politische in der City of Change genau darin, dass sie für einen sonst versteckten Skandal eine öffentliche Bühne schuf. Etwa im Sinne Oliver Marcharts, der den politischen Vorgang in Anlehnung an die Debatten in der ersten französischen Nationalversammlung nach der Revolution als Reinszenierung und

Veröffentlichung von realen aber verborgenen Antagonismen beschrieb.

Rau: Eine für uns wichtige Unterscheidung haben Leute wie Rancière oder Badiou mit den Begriffen Politik und das Politische eingeführt. Politik ist im Wesentlichen die Verwaltung des Bestehenden. Die Linke dekonstruiert ein bisschen, die Rechte behauptet Mythen. Was diese behaupten, negieren jene: Es gibt keine Ausländer, es gibt keine Nation, es gibt keine Geschlechter. Wo aber Dekonstruktion und Affirmation gleichzeitig betrieben werden, da beginnt der Bereich des Politischen. Die Rechte hat dies gleich zu Beginn der «City of Change» auch verstanden. Ihre Reaktionen zeigen, dass sie gesehen haben, dass die Kunst hier ihren sowohl selbstgewählten wie zugewiesenen Bereich der Negation verlässt und positiv agiert.

Bossart: Und gleichzeitig wurde die City of Change auch von einer bestimmten Linken attackiert, die sich schon länger aus dem schmutzigen Geschäft der Verkörperung von Ideen zurückgezogen hat, um sich einer puristischen Vernünftigkeit zu widmen, die sie Kritik nennt. Vielleicht ist es auch ein Generationenproblem. Manifeste nicht als pubertären Totalitarismus zu verurteilen, sondern selber welche zu schreiben, utopische Gehalte in nationalen Mythen zu erkennen und jene positiv gegen diese zu wenden oder Fahnen nicht einfach abzulehnen, sondern andere Fahnen zu fordern, ist für Leute unverständlich, die in ihrer Jugend noch davon ausgegangen sind, dass zwischen der Macht und ihren Symbolen eine unverbrüchliche Einheit besteht und dass man mit gleichem Erfolg das eine oder das andere bekämpfen kann. Was damals dazu geführt hat, den Kampf gegen die Symbole bzw. den symbolischen Kampf zu überhöhen als das Wesentliche der politischen Arbeit und nicht ihn realistisch einzuschätzen als das, was er auch immer ist und war: eine Ohnmachtsbezeugung. Dass kollektive Imagination, symbolische

Ordnung und Entscheidungsgewalt zwar in vielfältigen, aber keineswegs eindeutigen Beziehungen stehen, ist eine postmoderne Erkenntnis, die auch aus dem allmählichen Scheitern der symbolischen Politik hervorging. Das Generationenproblem zeigte sich zudem in der immer wieder gestellten Frage, ob wir es denn angesichts des ironisch verfremdenden Umgangs mit den Symbolen auch wirklich ernst meinten mit dem politischen Inhalt.

Rau: Und entsprechend wurde ich ab und zu gefragt, weshalb ich denn, wenn es mir ernst sei mit der Sache, nicht eine Partei gründe. Worauf ich zur Antwort gab: «Ich brauche keine Partei, ich hab schon eine Regierung.» Das bedeutet, dass wir in der City of Change einfach einen kommenden Zustand umgesetzt und vorweggenommen haben, anstatt nur dem Bestehenden seine Fehler nachzuweisen.

Bossart: Aber man muss sagen: Trotz der Kritik haben wir unser Ziel von 1000 Unterschriften für unsere Petition übertroffen. Eine Petition übrigens mit extrem disparaten Forderungen, die jeder politischen Vernünftigkeit spotteten – zum Beispiel was die Ebenen der Umsetzbarkeit angeht.

Rau: Obwohl irgendwie alle bis hin zur Theaterleitung ein bisschen dagegen waren, waren dann auch alle irgendwie dafür, haben unterschrieben, kamen zu den Aufführungen, gaben eine positive Presse, benützten die Homepage. Das heisst die City hat es dann doch auch noch geschafft, den Willen zum Gutsein in der St.Galler Bevölkerung zu aktivieren; das heisst, eine Öffentlichkeit herzustellen, in der es in der Szene plötzlich als uncool galt, sich nicht hinter die City zu stellen. An diesem Punkt stellt sich natürlich auch die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit, die «City of Change» nicht nur einen Monat lang, sondern für ein Jahr als eine Art utopische Wohlfahrtsdiktatur, die das Gutsein aus den Menschen herauskitzelt, zu

inszenieren. Letztlich haben wir mit unserem paradiktatorischen Auftreten und in einer ebensolchen Ästhetik auch darauf hingewiesen, dass gerade in Übergangszeiten wie diesen der Konflikt zwischen einer direkten Demokratie nach Schweizer Art, die vor inhumanen Entgleisungen immer weniger zu schützen scheint, und einer Aufklärung von oben, mit dem Zweck der Bevölkerung ein besseres Selbst vorzuspielen, nicht eindeutig zu entscheiden ist.

Bossart: Quasi als Nagelprobe für diese Zweideutigkeit hatten Kunststudierende für die City eine als Initiative der Schweizerischen Volkspartei getarnte Unterschriftenbogen gestaltet, worauf in etwa die Einführung der Nürnberger Rassengesetze von 1935 gefordert wurde. Die Unterschriftensammlung brachte ein erschreckendes Ergebnis und zeigte klar, was sich der Bürger, entsprechend dazu aufgefordert, schon alles vor laufender Kamera zu sagen getraut.

Rau: Und die Leute haben ja nicht einfach unbesehen unterschrieben. Sie sind an den Stand gekommen, haben die Sachen gelesen und haben diskutiert. Wenn wir dies nun zusammen nehmen mit den vielen Unterschriften für unsere auf ganz andere Weise etwas wahnwitzige Petition, so hat die City of Change auch gezeigt: Im Guten wie im Schlimmen ist vieles möglich. Es ist tatsächlich sehr entscheidend, was man bei den Menschen anklingen lassen will, ob man Ängste bespielt oder den oft verdrängten Willen Gutes zu tun anruft.

Bossart: Und um diese für das Politische konstitutive Spannung zu zeigen, war entscheidend die Dramaturgie der permanenten Vermischung und Brechung aller möglichen Aktionsformen. Klassische Diskussionsforen mit inszenierten Interventionen, die öffentliche Verlesung eines interkulturellen Manifests umrahmt mit einem Transparent, das in Frakturschrift den Slogan «Schweiz erwache» trug, die

TV-Sendungen direkt aus dem Propagandaministerium im dilettantisch volkstümelnden Stil eines lokalen Privatsenders und nicht zuletzt auch die ernste und akribische Auseinandersetzung mit der Kritik von aussen und gleichzeitig auch deren Verballhornung, indem wir diese Kritik teilweise selber bestellten und produzierten.

Rau: Am schönsten vielleicht, indem wir in einer der Demokratiekonferenzen Hayat Erdogan, die Herausgeberin dieses Buches, damit beauftragten, die klassische linksliberale Kritik, dass nur die Haitianerin über Haiti und nur der Flüchtling über Flüchtlinge authentisch reden kann, zu formulieren, indem sie sich also lauthals über die mangelnde Präsenz von Ausländern bei der City empören sollte. Und die Falle, die wir damit dem an Interkultur interessierten, aber doch zweifellos auch in starren Identitätsmustern befangenen Publikum gestellt hatten, schnappte zu: Hayat, die Deutsch-Türkin mit fremdländischem Aussehen, bekam tosenden Applaus.

Bossart: Ein leichter Sieg. Doch es gab auch schwerere...

Rau: Ja insgesamt war es eine enorme Kraftanstrengung, die sich aber gelohnt hat. Da sich doch Meinungen in veröffentlichter und privater Form geändert haben, selbst in einer Stadt wie Sankt Gallen. Natürlich ist es aber auch so wie beim Durchgang durch das Rote Meer. Der Weg, den man beschritten hat, versinkt, sobald man sich umdreht, wieder in den Fluten. Und blickt man nach vorne, warten vierzig Jahre Wüste auf einen. Das ist in solchen Dingen wie der interkulturellen Vermischung wohl einfacher realistische Zeitrahmen für bleibende Veränderungen. ●

Ein umfangreicher Sammelband zur City of Change mit Materialien und Essays unter anderem von Daniel Cohn-Bendit, Robert Pfaller und Dirk Baeker erscheint diesen Sommer im Verbrecher Verlag. (www.city-of-change.ch)